

Schulrundschriften

Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen

[Januar 2008]



Sonderausgabe Landtagswahl

Wahlprüfsteine der LSV Hessen | Landtagswahl 2008

Die Vorgabe von 500 Zeichen pro Antwort wurde teilw. um bis zu 4500 Zeichen überschritten. Um trotzdem diese Antworten zu berücksichtigen, wurden in der Druckausgabe die betroffenen Antworten soweit gekürzt, dass sie Platz finden. Die vollständigen Antworten findet ihr hier in dieser Ausgabe. Nur als Download unter www.lsv-hessen.de.

1. Schulsystem

Wie beurteilt Ihre Partei die Ergebnisse der neuesten IGLU- und PISA-Studie im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit im deutschen Schulsystem? Wie steht Ihre Partei zu einer grundlegenden Reform des hessischen Schulsystems?

2. „G8“

Wie beurteilt Ihre Partei die Verkürzung der Gymnasialzeit? Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

3. „Unterrichtsgarantie plus“

Wie beurteilt Ihre Partei die sogenannte „Unterrichtsgarantie plus“? Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Beurteilung?

4. Studiengebühren

Wie steht Ihre Partei – unabhängig von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes im kommenden Frühjahr – zur Einführung von allgemeinen Studiengebühren?

5. Schulzweigschließungen

In den vergangenen fünf Jahren kam es in Hessen vermehrt – vor allem im ländlichen Raum – zu Schulzweigschließungen. Wie beurteilt Ihre Partei diese Entwicklungen und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

6. Oberstufenreform

Wie steht Ihre Partei zur Oberstufenreform? Wird Ihre Partei daran festhalten, dass Schülerinnen und Schüler durch die Beleg- und Einbringungsverpflichtungen kaum noch Möglichkeiten zur individuellen Kurswahl besitzen?

7. Vorschule

Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres sowie zu einem kostenfreien letzten Kindergartenjahres?

8. Lehrmittelfreiheit

Garantiert Ihre Partei die absolute Lehrmittelfreiheit, ohne Kopiergeld, Lektüregeld etc.?

9. Landesabitur, zentrale Abschlussprüfungen

Wie steht Ihre Partei zum Landesabitur sowie zu den zentralen Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen?

10. Klassengrößen

Wird Ihre Partei etwas an den Klassengrößen und der sogenannten „Sternchenregelung“ ändern?

11. Noten

Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung von Ziffernoten und zum Übergang zu individuellen schriftlichen Bewertungen?

12. Sitzenbleiben, Querversetzung

Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung des Sitzenbleibens und der Querversetzung?

13. Ganztagschulen

Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Einführung von gebundenen, also echten Ganztagschulen?

14. Schülerbeförderung

Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, dass die Schulträger nach dem HeSchG die Schülerbeförderungskosten ab der 1. Klasse auf die Eltern umlegen können?

15. Bildungsausgaben

In welchem Zeitraum und in welchem Umfang möchte Ihre Partei den Bildungsetat im hessischen Landeshaushalt erhöhen?

16. Recht auf Ausbildung

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, ein Recht auf eine berufliche Erstausbildung im Grundgesetz zu verankern? Ist Ihre Partei bereit eine Initiative im Bundesrat für einen einklagbaren Rechtsanspruch auf eine berufliche Erstausbildung im Bundesrat einzubringen?

17. Schülervertretung

Wird Ihre Partei die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen auf Schul-, Stadt- bzw. Kreis- und Landesebene ausweiten?

Wird Ihre Partei für eine Erhöhung der Landesmittel für die Landesschülervertretung (momentan 79.500 € jährlich) eintreten?

Impressum: Das Schulrundschreiben ist ein Rundschreiben der Landesschülervertretung Hessen. | Landesschülervertretung Hessen, Georg-Schlosser-Str. 16, 35390 Gießen | post@lsv-hessen.de | www.lsv-hessen.de | V. i. S. d. P.: Kaweh Mansoori | Layout: Timm Lemmert | Ausgabe Januar 2008, 3. Ausgabe (Ergänzungsausgabe zum „Schulrundschreiben. Sonderausgabe Landtagswahl“ | Die LSV Hessen haftet nicht für den Inhalt von Texten dritter Quellen. Alle Texte, Bilder, Grafiken dürfen nur unverändert vervielfältigt werden. Alle Rechte vorbehalten. © 2008 | Download unter www.lsv-hessen.de

1. Schulsystem

Wie beurteilt Ihre Partei die Ergebnisse der neuesten IGLU- und PISA-Studie im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit im deutschen Schulsystem? Wie steht Ihre Partei zu einer grundlegenden Reform des hessischen Schulsystems?

Die Linke: PISA wie IGLU haben in den letzten Jahren aus Sicht der LINKEN auf grundsätzliche Probleme des deutschen Bildungssystems aufmerksam gemacht. Insbesondere haben die Ergebnisse der Studien eine erschreckend enge Kopplung zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft belegt. Gute Bildung gibt es nur für die, die aus einem reichen Elternhaus kommen. Kinder aus finanzschwachen Schichten bleiben dagegen meist auf der Strecke. Deshalb fordert DIE LINKE schon länger eine grundlegende Schulstrukturreform. Nur wenn Kinder und Jugendliche in einer Gemeinschaftsschule länger gemeinsam lernen, können wir das Prinzip der Auslese endlich durch das Prinzip gezielter individueller Förderung ablösen.

SPD: In keinem Land der OECD ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg so groß wie in Deutschland. Dies ist in skandalöser Weise Bildungs- und Chancen-Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Hier muss politisches Handeln ansetzen und dies abstellen. - - - Die SPD hat ein umfassendes und aufeinander abgestimmtes Konzept für eine grundlegende Reform des Schulsystems vorgelegt. Wir halten die Umsetzung für erforderlich. Das Konzept ist unter www.wissenwollen.de dokumentiert.

Bündnis90/Die Grünen: Es bleibt sowohl an Grundschulen als auch in der Sekundarstufe I viel zu tun. Zu Selbstzufriedenheit besteht angesichts der extremen sozialen Schieflage unseres Bildungssystems kein Anlass. Derzeit bleiben die Potenziale vieler Kinder – sowohl der Schwachen als auch der Starken – unentwickelt. Der Schlüssel, um dies zu ändern, ist ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an. Damit begegnen wir auch der viel zu hohen Abhängigkeit des Schulerfolgs vom Bildungs- oder Migrationshintergrund der Eltern. --- Wir wollen die einseitige Ausrichtung der Schulpolitik auf die Auslese im gegliederten Schulsystem beenden. Eltern sollen wohnortnah auch Schulen nach finnischem Vorbild finden. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir der Hälfte aller weiterführenden Schulen ermöglichen, sich freiwillig zu „Neuen Schule“ weiterzuentwickeln. Kinder und Jugendliche lernen dort in kleineren Lerngruppen mit individueller Förderung länger gemeinsam. Die Bedingungen für die anderen Schulen werden wir nicht verschlechtern und auch dort eine bessere individuelle Förderung ermöglichen.

Freie Wähler: Für die Freien Wähler ist die Einführung verpflichtender Ganztagschule der wichtigste Schritt, um soziale Gerechtigkeit im deutschen Schulsystem zu erreichen. Erst wenn alle die gleichen Voraussetzungen haben, können Vergleichstests überhaupt einen Sinn haben.

FDP: Die FDP hält es für erforderlich, die Maßnahmen der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes in allen Bildungsgängen sowie bereits im Vorschulbereich konsequent zu verbessern. Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres in Form einer „Kinderschule“ für alle Fünfjährigen, damit alle Kinder gleiche Startchancen am Schulbeginn haben. Für eine Bildung nach Neigung und Begabung setzen wir auf den Erhalt der Bildungsgänge Haupt-, Realschule und Gymnasium und die Stärkung des jeweiligen Abschlussprofils, das die Anschlussfähigkeit in den nächst höheren Bildungsgang gewährleistet. Darüber hinaus soll in allen Bildungsgängen durch eine neue Unterrichtsgestaltung die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Wir wollen dazu die Lehreraus- und -fortbildung verbessern, damit Lehrkräfte Methoden zur individuellen Förderung konsequent lernen und anwenden. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen der Eigenverantwortlichen Schule ermöglichen, dass Schulassistenten im Unterricht eingesetzt werden können, die die Lehrkräfte bei der individuellen Förderung unterstützen. Eine Einheitsschule lehnt die FDP ab, da sie eine neigungs- und begabungsrechte Förderung verhindert.

CDU: Einen radikalen Wechsel innerhalb des bestehenden Schulsystems wird es mit uns nicht geben. Denn dieser würde nur Chaos, aber keine Verbesserungen mit sich bringen. Eltern sollen und müssen zudem entscheiden können, welche Schulform ihr Kind besuchen wird. Dies ist mit der rot-rot-grünen Einheitsschule nicht möglich. Wir wollen deshalb die vorhandene Schulvielfalt behutsam weiterentwickeln, hin zu noch mehr individueller Förderung. Keine einzige seriöse empirische Bildungsstudie belegt einen Vorteil bei Einheitsschulsystemen – im Gegenteil schneiden Länder bzw. Systeme mit einer Schulvielfalt besser ab, weil sie insgesamt viel besser individuell Leistung fördern und fordern können.

Das belegten zuletzt der Bildungsforscher Professor Fend sowie die PISA-Studie (2006): Danach liegen Schüler integrierter Gesamtschulen mit weitgehend undifferenziertem Unterricht drei Lernjahre hinter Gymnasiasten und ein Lernjahr hinter Realschülern zurück. Für uns gehören Integrierte Gesamtschulen allerdings ebenso zur Schulvielfalt wie alle anderen Schulformen und Bildungsgänge. Deshalb wollen wir sie im Umkehrschluss auch nicht als „allein selig machende“ Schulform zwangsweise für alle einführen, wie dies die hessische SPD plant: „Der beste Name für unsere Schule wäre eigentlich Gesamtschule [...]. Gesamtschule ist nicht in Konkurrenz zu anderen Schulformen, sondern ist die Schulform, die andere ersetzen muss“ (öffentliche Original-Aussage der schulpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Heike Habermann, am

1. September auf einem SPD-Bildungskongress in Wiesbaden).

Bemerkenswerter Weise schicken auch viele namhafte Sozialdemokraten ihre Kinder nicht auf Integrierte Gesamtschulen, vielleicht weil sie die Leistungsergebnisse kennen: Denn diese schneiden auch bei den hessischen landesweiten Haupt- und Realschulabschlussprüfungen und auch beim Mathematikwettbewerb nur unwesentlich besser als Hauptschulen und schlechter als Realschulen ab. Wir sagen: Wer sein Kind dennoch auf eine IGS geben möchte, dem soll dies nicht verweigert werden, ebenso wie der Mehrheit der Eltern die Freiheit gelassen werden soll, eine andere Schulform für ihre Kinder auszuwählen. Auch IGLU hat belegt, dass unsere erfolgreiche Deutschförderung greift. Konsequente Deutschförderung ist das A und O für Bildung und Integration und damit für mehr Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit.

Die Durchlässigkeit nach oben ist da: 46 Prozent der 18- bis unter 21-jährigen Wohnbevölkerung in Hessen erwerben die Hochschulzugangsberechtigung (d.h. Abitur oder FH-Reife). Damit liegen wir bundesweit auf Spitzenplatz 3. Von diesen 46 Prozent erwerben 57 Prozent ihre Hochschulzugangsberechtigung an allgemein bildenden, aber stolze 43 Prozent an beruflichen Schulen. Außerdem wechselten seit 2003 20 Prozent mehr Realschüler auf die Gymnasien. Das bedeutet zum einen: Die Anschlussmöglichkeiten im Schulsystem sind da. Zum anderen: Behauptungen, Hessen habe zu wenige Abiturienten, sind falsch. Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg hängen nicht vom Namen des Abschlusses ab, sondern davon, ob Schüler einen erfolgreichen Berufseinstieg finden bzw. Anschlussmöglichkeiten an weitere Bildungsgänge gegeben sind. Beides ist in Hessen der Fall.

Für die SPD dagegen fängt der Mensch offensichtlich erst beim Akademiker an, wenn die SPD-Vorsitzende Ypsilanti von einem „Skandal“ und einer „Vermessenheit“ spricht, weil Grundschullehrer angeblich darüber entschieden, ob ihre Schüler später „Müllmann oder Pilotin“ würden (SPD-Landesparteitag, Rotenburg, 2. Dezember 2006). Das ist nicht nur eine Beleidigung aller Genannten, sondern auch angesichts der o. g. Zahlen und der Schulwahlfreiheit in Hessen völlig falsch. Allerdings: Wir brauchen qualifizierte Akademiker genauso wie gute Handwerksmeister, Krankenschwestern und Facharbeiter. Künftig wollen wir durch weitere individuelle Fördermaßnahmen schon vor und im Grundschulbereich und im Rahmen der weiterführenden Bildungsgänge die Anschlussfähigkeit weiter gewährleisten und erleichtern. Übrigens konnten wir die Zahl der Sitzenbleiber verringern und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss bereits um ein Drittel verringern!

2. „G8“

Wie beurteilt Ihre Partei die Verkürzung der Gymnasialzeit? Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Die Linke: DIE LINKE lehnt das Projekt „G8“ ab. Wir treten für ein möglichst langes, gemeinschaftliches Lernen der Kinder ein und favorisieren die Gemeinschaftsschule bis zur Klassenstufe 10.

SPD: Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in der Sekundarstufe I war ein gewaltiger Fehler der CDU. Er führt zu unzumutbaren Belastungen von Schülerinnen und Schülern und deren Familien, er stellt aber auch die Lehrkräfte und die Schulen vor fast unlösbare Aufgaben. - - - Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in der Sekundarstufe I wieder rückgängig machen. Damit soll auch die Durchlässigkeit im Bildungssystem wieder hergestellt werden. Dennoch wird es möglich sein, die Schulzeit individuell zu verkürzen: Einerseits wird der Schuleingang mit der Schuleingangsstufe, die in 1, 2 oder 3 Jahren durchlaufen werden kann, flexibilisiert, andererseits wollen wir eine Reform der gymnasialen Oberstufe, die auch hier eine flexible Verweisdauer ermöglicht.

Bündnis90/Die Grünen: Die hessische Form des G8 ist ein unverantwortlicher Feldversuch an einer ganzen Schülergeneration und darf nicht so bleiben, wie es ist. Wir werden die Lehrpläne umgehend entschlacken, den Unterrichtsstoff sinnvoll auf die komplette Schulzeit verteilen, statt ihn weiter in den Klassen 5-9 extrem zu verdichten und die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse sieben beginnen lassen. Die Schulen brauchen bessere Unterstützung beim faktischen Ganztagsbetrieb durch das G8. An den „Neuen Schulen“ wollen wir weiter das G9 anbieten, wie es heute schon an den integrierten Gesamtschulen der Fall ist, um Wahlfreiheit zu schaffen.

Freie Wähler: Generell ist die Verkürzung der Gymnasialzeit eine zu begrüßende Sache, aber nicht so, wie sie in Hessen eingeführt wurde. Da sind handwerkliche Fehler begangen worden. Die FW werden sich bei einem Einzug in den Landtag dafür einsetzen, daß die Mängel umgehend behoben werden.

FDP: Die FDP befürwortet die gymnasiale Schulzeitverkürzung, da sie den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eines früheren Berufseinstiegs sichert. Die jetzige Ausgestaltung der Schulzeitverkürzung kritisieren wir jedoch, da die Lehrpläne zu voll sind, eine sinnvolle Pausengestaltung nicht geregelt ist und den Jugendlichen insgesamt zu wenig Zeit zum Lernen und

für Freizeit bleibt. Die Verkürzung auf G8 wollen wir den Kooperativen Gesamtschulen frei stellen. Die Lehrpläne müssen standartisiert werden und sich auf Kerncurricula beschränken.

CDU: Das Abitur nach acht Jahren Gymnasium (G8) bzw. zwölf Schuljahren ist bundesweit und international die Regel: Mittlerweile haben 15 von 16 Bundesländern G8 eingeführt; im 16. Land, Rheinland-Pfalz wird G8 als Modellversuch gestartet, was die hessische SPD verschweigen will. Auch in Finnland ist G8 die Regel, was die hessische SPD ebenfalls verschweigen will.

Deshalb hat auch Hessen G8 eingeführt, um hessischen Abiturienten bundesweit und international gleicher Startchancen zu garantieren. Anderenfalls würden sie erst ein Jahr später als ihre Kollegen in anderen Ländern ihren Studien- bzw. Berufseinstieg beginnen können. Auch in Wechsel für Gymnasiasten in Schulen anderer Länder, etwa im Falle eines Umzugs der Eltern, würde sehr erschwert. Die große Mehrheit der Eltern, Schüler und Lehrer begrüßt G8 und die damit verbundene Chancengleichheit. Das beweisen die landesweit hohen Anmeldezahlen bei den hessischen Gymnasien. G9 ist weiterhin möglich für Schüler an Integrierten Gesamtschulen und im Übergang von Realschulen auf gymnasiale Oberstufen. Hessen hat, anders als andere Bundesländer, die Einführung von G8 über drei Schülerjahrgänge verteilt, um so einen „Doppeljahrgang“, in dem der doppelte Ansturm auf Studium und Beruf erfolgen würde, zu vermeiden. Weiterhin hat Hessen, um gute Rahmenbedingungen für G8-Schüler zu gewährleisten, ein Fünf-Jahresprogramm über 25 Millionen Euro zusätzlich für neue Schulbücher gestartet und unterstützt den Ausbau von Ganztagsangeboten sowie Angeboten zur Mittagsverpflegung an Schulen.

Schließlich wurde in Hessen schon bislang darauf geachtet, dass die Zahl der Unterrichtsstunden nach der G8-Studentafel nicht über die von anderen Bundesländern hinausgehen: So sind in Hessen in der 5. Klasse 30 Wochenstunden vorgesehen, in der 6. Klasse 32 und in der 7. Klasse 34. In Bayern etwa gibt es in den Klassen 5 und 6 jeweils eine Stunde mehr, in Klasse 7 ist die gleiche Stundenzahl vorgesehen. Auch in Baden-Württemberg ist in Klasse 5 eine Stunde mehr vorgesehen, in den Klassen 6 – 9 die gleiche Stundenzahl wie in Hessen. Bestehende Anlaufschwierigkeiten bei G8 liegen deshalb nicht im Bereich der Studentafeln, sondern – auch aus Elternsicht – in Fragen der Verteilung der Unterrichtsstunden über den Tag hinweg (Nachmittagsunterricht) oder in der Hausaufgabenmenge begründet. Um solche noch vorhandenen Anlaufschwierigkeiten zu beseitigen, hat Hessens Kultusministerin Karin Wolff bereits Verbesserungen angekündigt. Dazu zählen vor allem die Verminderung von Pflichtunterricht am Nachmittag durch eine entsprechende Stundenplangestaltung der Schulen und eine nochmalige Entschlackung der Lehrpläne.

Zusammengefasst: G8 wird generell befürwortet, weil es den Schülern ein Jahr spart und im Vergleich mit anderen Ländern gleiche Chancen sichert. An Verbesserungen der Umsetzung wird konkret gearbeitet. Ein Zurück zu G9 würde hessische Schüler bundesweit und international isolieren. Die Kritik von SPD und Grünen am G8 soll verdecken, dass Rot-Grün in Wahrheit die Zwangseinheitsschule für alle Schüler einführen und die Gymnasien generell zerschlagen will.

3. „Unterrichtsgarantie plus“

Wie beurteilt Ihre Partei die sogenannte „Unterrichtsgarantie plus“? Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Beurteilung?

Die Linke: Die ‚Unterrichtsgarantie plus‘ ist aus Sicht der LINKEN eine falsche Weichenstellung, denn eine der wesentlichen Ursachen für Unterrichtsausfälle ist der Mangel an Pädagoginnen und Pädagogen. Dieser kann nicht durch unausgebildete oder vor langer Zeit ausgebildete Lehrkräfte ausgeglichen werden. Nötig sind eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung, also die Einstellung qualifizierter Pädagoginnen und Pädagogen, sowie der Aufbau einer ebenso qualifizierten Vertretungsreserve.

SPD: Die so genannten „Unterrichtsgarantie plus“ ist der glücklose Versuch, den Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schüler Sand in die Augen zu streuen: Nach wie vor gibt es zu wenige Lehrkräfte an den Schulen Hessens und um dies zu kaschieren, wird der Unterricht an Hessens Schulen im Vertretungsfalle zum Abenteuerplatz, wenn nicht voll ausgebildete Lehrkräfte ausfallenden Fachunterricht vertreten sollen. - - - Wir wollen dass Kinder ausschließlich von gut ausgebildeten

und qualifizierten Pädagogen unterrichtet werden – deswegen wird auch die Unterrichtsgarantie Plus wieder abgeschafft. Die Schulen sollen die Mittel zur Verwendung in eigener Zuständigkeit zur Sicherung verlässlicher Schulzeiten erhalten. Die Vertretung von Fachunterricht soll auch von voll ausgebildeten Lehrkräften erfolgen.

Bündnis90/Die Grünen: Mit der so genannten Unterrichtsgarantie plus wurde Unterricht durch Betreuung ersetzt und ein Bürokratiemonster geschaffen. Unser Alternativkonzept sieht vor, den bürokratischen Aufwand aus den Schulen herauszuhalten und ausschließlich qualifiziertes Personal einzusetzen. Die 100-prozentige Unterrichtsversorgung werden wir sicherstellen. Das

beste Mittel gegen Unterrichtsausfall ist eine bessere Lehrerversorgung. Deshalb wollen wir 1000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Freie Wähler: Unterrichtsgarantie Plus ist eine Makulatur, die den Namen nicht verdient. Wir setzen uns dafür ein, das qualifizierte pädagogische Personal zu Verfügung muss.

FDP: Die FDP hat die Unterrichtsgarantie als gut gedacht und schlecht gemacht kritisiert. Eine gute Idee, nämlich kurzfristigen Unterrichtsausfall zu vermeiden wurde von der Landesregierung viel zu bürokratisch umgesetzt. Auch die Vorgabe, dass auch Vertretungskräfte Unterricht geben, halten wir im Sinne einer Qualitätsentwicklung des Unterrichts für nicht vertretbar. Deshalb wollen wir die „Unterrichtsgarantie Plus“ abschaffen. Im Gegenzug setzen wir uns für eine 105%ige Lehrerzuweisung für alle Schulen ein. Die Schulen können bis zu 20 % davon als Budget erhalten, über dessen Verwendung sie eigenverantwortlich entscheiden können. Damit sollen die Schulen in die Lage versetzt werden, in Absprache mit der Schulgemeinde eine verlässliche Schulzeit zu ermöglichen.

CDU: Zum ersten haben wir seit 1999 bereits 4.300 zusätzliche Lehrer- und 2.100 zusätzliche Referendarstellen geschaffen. Hessische Schüler erhalten heute über 110.000 Unterrichtsstunden jede Woche mehr als damals. Wir werden in den kommenden Jahren auch bei zurückgehenden Schülerzahlen den derzeitigen Rekordstand der Bildungsausgaben beibehalten. Darüber hinaus werden wir weitere 2.500 Stellen im Bereich der Schulen schaffen, darunter Lehrer, Sozialarbeiter, Verwaltungskräfte u. a. Über die Unterrichtsgarantie hinaus haben wir die Mittel für Vertretungsunterricht von 5,7 Mio. Euro im Jahr 1998 auf 42 Mio. Euro im Jahr 2007 erhöht. Im kommenden Jahr stehen den Schulen 52 Mio. Euro zur Verfügung – fast zehnmal mehr als noch 1998. Damit garantieren wir auch weiterhin verlässliche Schulzeiten (Unterrichtsgarantie Plus). Davon profitieren Schüler, Eltern und Lehrer. Wir werden künftig insbesondere kleinere Grundschulen und Förderschulen noch stärker unterstützen. Nach einer Umfrage des Hessischen Rundfunks unterstützen uns 73 Prozent aller Befragten. Unsere verlässlichen Schulzeiten sind bundesweit einzigartig und werden nun auch von anderen Bundesländern wie Bayern und dem SPD-regierten Rheinland-Pfalz übernommen. Alle größeren Anlaufschwierigkeiten sind längst überwunden; heute möchte niemand mehr auf verlässliche Schulzeiten verzichten. Die rot-grüne Opposition im Landtag hat kein Konzept, um diese auch künftig sicherzustellen, wenn sie zugleich U-Plus abschaffen will. Denn nur unser Konzept sichert flexible Lösungen auf kurzfristige Lehrererkrankungen.

4. Studiengebühren

Wie steht Ihre Partei – unabhängig von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes im kommenden Frühjahr – zur Einführung von allgemeinen Studiengebühren?

Die Linke: DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab, diese Pläne missachten unsere Landesverfassung. Studiengebühren verstärken die soziale Selektion und schließen Kinder aus sozial schwächeren Familien von höheren Bildungsgängen aus.

SPD: Die SPD lehnt allgemeine Studiengebühren ab. Wir halten sie für sozial ungerecht und verfassungswidrig. Deswegen hat die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag gegen das Studiengebührengesetz Klage erhoben. Unabhängig von der Klage wird eine SPD-geführte Landesregierung in den ersten 100 Tagen die Studiengebühren wieder abschaffen. Die SPD wird die veranschlagten Einnahmen durch Studiengebühren in Höhe von 120 Mio. Euro pro Jahr aus dem Landeshaushalt und damit dem allgemeinen Steueraufkommen übernehmen.

Bündnis90/Die Grünen: Wir wollen nicht, dass die Herkunft von Menschen deren Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bestimmt. Wir werden das Studiengebührengesetz umgehend rückgängig machen, denn Studiengebühren sind sozial ungerecht, bildungspolitisch falsch und in Hessen verfassungswidrig. Die Einnahmen aus Studiengebühren werden wir den Hochschulen allerdings ersetzen und für eine Qualitätsoffensive für bessere Studienbedingungen und eine bessere Lehre einsetzen.

Freie Wähler: Studiengebühren während der Regelstudienzeit müssen wieder abgeschafft werden.

FDP: Die FDP hält Studienbeiträge grundsätzlich für eine notwendige Maßnahme zur Qualitätsverbesserung des Studiums. Im Gegensatz zur CDU wollen wir den Hochschulen als Mittel des Wettbewerbs um Studierende freistellen, ob und für welche Studiengänge sie in welcher Höhe bis zu 500 Euro Studienbeiträge erheben. So können Studierende und Professoren gemeinsam vor Ort darüber entscheiden, ob und wofür Studienbeiträge erhoben werden. Wer zahlt, hat Anspruch auf eine verbesserte Leistung („Geld-zurück-Garantie“).

CDU: Die hessischen Studienbeiträge tragen direkt zu weiteren Verbesserungen der Lehr- und Studienbedingungen dabei und sind dabei sozial ausgestaltet. Im Übrigen ist es ungerecht, wenn der Facharbeiter, die Krankenschwester oder der Handwerker anderen Menschen das Studium bezahlen. Denn jene müssen die Kosten für ihr fachliches Weiterkommen zum größten Teil selbst tragen.

5. Schulzweigschließungen

In den vergangenen fünf Jahren kam es in Hessen vermehrt – vor allem im ländlichen Raum – zu Schulzweigschließungen. Wie beurteilt Ihre Partei diese Entwicklungen und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Die Linke: Die Schließung von Schulzweigen hat nur zur Folge, dass Klassengrößen überschritten werden müssen, um die Schülerinnen und Schüler „unterzubringen“ und dass vor allem im Bereich der Grundschulen längere und weitere Schulwege für Schülerinnen und Schülern anfallen. Die Schließung ist nichts als ein weiteres Sparprogramm der hessischen Regierung und der einzelnen Kommunen. Wir, DIE LINKE werden in Bildung investieren.

SPD: Die Schließung von Schulzweigen oder gar Schulen ist auf die Einführung von Richtwerten zu Klassenbildung sowie Mindestzügigkeiten von Schulen gemäß § 144a Schulgesetz zurück zu führen. Dies hat die SPD abgelehnt. Daher wird die SPD diese Vorschrift auch wieder aus dem Schulgesetz streichen.

Bündnis90/Die Grünen: Wir wollen kreative Lösungen zum Umgang mit rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen statt Schulschließungen. Die von der CDU eingeführten Richtwerte für Klassengrößen und Jahrgangsbreiten lehnen wir als verkappte Lehrkräftesparmaßnahmen ab. Alternativen zu starren Richtgrößen und Schulzweigschließungen sind jahrgangübergreifender Unterricht und schulformübergreifende Bildungsangebote. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ ist uns wichtig. In allen Regionen muss ein wohnortnahes Schulangebot sichergestellt werden.

Freie Wähler: Die Entwicklung sehen wir mit Sorge. Sinkende Schülerzahlen sind dafür auch verantwortlich. Eine Lösung für den ländlichen Raum wäre die integrierte Gesamtschule.

FDP: Die starre gesetzliche Festlegung von Klassengrößen, Jahrgangsbreiten und Zügigkeiten von Bildungsgängen für eine effektive Schulorganisation sowohl in den ländlichen Gebieten als auch in den Städten Hessens hat die FDP abgelehnt. Wir sind der Auffassung, dass Veränderungen an einzelnen Schulen, etwa durch die Zusammenlegung von Bildungsgängen auf Grund des demographischen Wandels unvermeidbar sind. Oberstes Ziel muss jedoch der Erhalt der Schulvielfalt in Hessen sein. Die Entscheidung über die günstigste Schulstruktur sollten deswegen Schulämter und Schulträger gemeinsam mit allen für Schule Verantwortlichen vor Ort im Rahmen von Regionalkonferenzen treffen. So kann ein auf die jeweilige Region abgestimmtes Schulangebot ermöglicht werden.

CDU: Diese Frage richtet sich an die Schulträger.

6. Oberstufenreform

Wie steht Ihre Partei zur Oberstufenreform? Wird Ihre Partei daran festhalten, dass Schülerinnen und Schüler durch die Beleg- und Einbringungsverpflichtungen kaum noch Möglichkeiten zur individuellen Kurswahl besitzen?

Die Linke: DIE LINKE sieht in der individuellen Kurswahl die Intensivierung der Interessen der einzelnen SchülerInnen. Es gibt nun mal unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten von SchülerInnen, die auch durch die freie Kurswahl unterstützt werden müssen. Die Einführung der Belegungsleisten hat bisher nur den Effekt der Aussiebung von SchülerInnen in der 11. und 12. Klasse zur Folge gehabt.

SPD: Wie in der Antwort zu Frage 2 angesprochen, will die SPD eine Oberstufenreform, die eine individuelle Verkürzung der Schulzeit zulässt. Dazu ist ein Kurssystem notwendig, das individuelle Wahlmöglichkeiten verstärkt und Schwerpunktsetzungen ermöglicht.

Bündnis90/Die Grünen: Wie steht Ihre Partei zur Oberstufenreform? Wird Ihre Partei daran festhalten, dass Schülerinnen und Schüler durch die Beleg- und Einbringungsverpflichtungen kaum noch Möglichkeiten zur individuellen Kurswahl besitzen? Wir wollen die Wahlfreiheit für ein breiteres Fächerspektrum gewährleisten, um den unterschiedlichen Begabungen und Interessen der Oberstufenschülerinnen und -schüler besser gerecht zu werden. Wer Freiräume bei der Fächerwahl hat, ist motivierter und

kann seine Fähigkeiten anders entwickeln. Auch wenn durch die Kultusministerkonferenz gewisse Festlegungen getroffen wurden, die den Handlungsspielraum der Länder begrenzen, gibt es Spielräume, die auch in Hessen genutzt werden sollten.

Freie Wähler: Wir sehen in der Oberstufenreform keinen so großen Nachteil für die Schüler. Das Abitur muss nach wie vor erarbeitet werden.

FDP: Die FDP ist der Auffassung, dass sowohl die Oberstufenreform im Jahr 2001 als auch das Landesabitur zu einer Qualitätsverbesserung des hessischen Abiturs geführt haben. Die Leistungsanforderungen sind zweifellos gestiegen, die Vergleichbarkeit der Leistungen wurde ermöglicht, dennoch ist durch den Erhalt der Leistungs- und Grundkurse ein Abitur nach individueller Neigung und Begabung erhalten geblieben. Daran wird die FDP festhalten.

CDU: Wir stehen hinter der Oberstufenreform, die weiterhin Möglichkeiten zur individuellen Kurswahl sichert.

7. Vorschule

Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres sowie zu einem kostenfreien letzten Kindergartenjahres?

Die Linke: Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht und soll daher kostenlos für alle verfügbar sein. Jeder Schritt dahin wird von uns unterstützt. DIE LINKE strebt dabei insgesamt die Gebührenfreiheit des Kita-Besuches an.

SPD: Die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres ist seit Jahren Bestandteil des sozialdemokratischen Bildungsprogramms. Dies muss selbstverständlich beitragsfrei gestellt werden. Darüber hinaus strebt die SPD an, die Kindertageseinrichtung insgesamt beitragsfrei zu stellen.

Bündnis90/Die Grünen: Wir wollen den Kindergartenbesuch nicht verpflichtend machen, empfehlen aber insbesondere für alle Kinder mit Sprachproblemen oder anderen Entwicklungsverzögerungen den Besuch ab dem ersten Kindergartenjahr. Grundsätzlich sprechen wir uns für die Kostenfreiheit aller Betreuungsangebote aus, um Kindern unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihres Elternhauses gute Lern- und Bildungschancen zu ermöglichen. Die Schaffung zusätzlicher Plätze hat allerdings Vorrang vor der Ausdehnung der Kostenfreiheit.

Freie Wähler: Die FREIEN WÄHLER fordern ein kostenfreies, verpflichtendes drittes Kindergartenjahr, damit der hessische Bildungs- und Erziehungsplan, so er flächendeckend beschlossen wird (im Moment ausgelaufene Probephase und freiwillige Einführung) umgesetzt werden kann. In diesem sind Tandems mit Grundschulen geplant.

FDP: Die FDP hält es für erforderlich, die Maßnahmen der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes bereits im Vorschulbereich konsequent zu verbessern. Wir halten die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres in Form einer „Kinderschule“ für alle Fünfjährigen dafür für eine notwendige Maßnahme. In diesem Jahr sollen alle Kinder durch intensive, individuelle Förderung auf die Schule vorbereitet werden. Defizite im sprachlichen, motorischen und kognitiven Bereich sollen ausgeglichen, besondere Begabungen erkannt und gefördert werden.

CDU: Mit 65 Mio. Euro jährlich haben wir als erstes Bundesland im Rahmen des Programms BAMBINI das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. BAMBINI steht für „Betreuungsplätze ausbauen, Mittel bereitstellen, in Nachwuchs investieren“. Schrittweise wollen wir die Eltern vollständig von Kindergartengebühren befreien. Eine verpflichtende Vorschule lehnen wir ab und setzen dagegen weiterhin auf eine noch stärkere Möglichkeit flexibler Einschulungen und eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen.

8. Lehrmittelfreiheit

Garantiert Ihre Partei die absolute Lehrmittelfreiheit, ohne Kopiergeld, Lektüregeld etc.?

Die Linke: DIE LINKE tritt dafür ein, die Lehrmittelfreiheit, so wie sie auch in der Hessischen Landesverfassung festgeschrieben ist, in Gänze umzusetzen.

SPD: Dies kann man nicht garantieren! Aber die SPD beabsichtigt, die in der Hessischen Verfassung festgeschriebene Lehr- und Lernmittelfreiheit wieder besser finanziell auszustatten. In jedem Fall aber muss sichergestellt werden, dass jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern alle erforderlichen Lernmittel erhält.

Bündnis90/Die Grünen: Wir stehen zur Lernmittelfreiheit, denn die soziale Herkunft der Schüler und die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses dürfen sich nicht nachteilig auf ihre Bildungsmöglichkeiten auswirken. In der Praxis fällt allerdings vieles, was im Unterricht benötigt wird, nicht unter die Lernmittelfreiheit. Die Belastung der Eltern ist so weit wie möglich zu vermeiden und die finanzielle Situation von einkommensschwachen oder einkommenslosen Haushalten mit Kindern muss künftig besonders berücksichtigt werden.

Freie Wähler: Die FREIEN WÄHLER sind für Lehrmittelfreiheit in jedem Bezug.

FDP: Der FDP ist durchaus bewusst, dass trotz der Lehrmittelfreiheit, an der wir Liberale nicht rütteln werden, die finanzielle Belastung der Eltern für zusätzliches Unterrichtsmaterial besteht. Diese finanzielle Belastung muss so gering wie möglich gehalten werden.

CDU: Wir wollen die Lernmittelfreiheit in Hessen erhalten – in nur wenigen Bundesländern gibt es diese noch. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Herstellung der Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien. Durch die Lernmittelfreiheit wird gewährleistet, dass jedes Kind über die benötigten Schulbücher verfügt und nicht wegen fehlender Lernmittel dem Unterricht nicht in adäquater Weise folgen kann. Die CDU hat ein Fünf-Jahresprogramm über zusätzliche 25 Millionen Euro für neue Schulbücher gestartet, um eines der letzten Überbleibsel der früheren rot-grünen Mangelwirtschaft in der Bildungspolitik zu beseitigen.

9. Landesabitur, zentrale Abschlussprüfungen

Wie steht Ihre Partei zum Landesabitur sowie zu den zentralen Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen?

Die Linke: Die zentralen Abschlussprüfungen sind nicht weiteres als ein Leistungsinstrument zur Erhöhung des Rankings der Länder. SchülerInnen müssen stupid auswendig lernen. DIE LINKE sieht darin weder einen pädagogisch noch menschlich sinnvollen Aspekt.

SPD: Die SPD steht derlei Prüfungen skeptisch gegenüber. Wir halten diese eher für ein Hemmnis und nicht für eine Förderung der Qualitätsentwicklung in Hessens Schulen.

Bündnis90/Die Grünen: Das Zentralabitur wurde 2007 zum ersten Mal geschrieben. Die ersten Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass sich die zentralen Abschlussprüfungen eher negativ auf die Qualität und die inhaltliche Tiefe des Unterrichts auswirken. Wir werden zur Mitte der Legislaturperiode die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen sowie des Landesabiturs auswerten und sie je nach Resultat weiterentwickeln oder wieder abschaffen.

Freie Wähler: Wir sehen im Landesabitur und in den Abschlussprüfungen keinen Nachteil. Ein qualifizierter Abschluss in jeder Schulform sollte für jeden Schüler möglich sein, um auf dem Arbeitsmarkt bestmögliche Voraussetzungen zu haben. Ein einheitliches Abitur Bundesweit wäre sogar ein Vorteil, um die Qualitätsunterschiede zu den einzelnen Bundesländern zu beseitigen.

FDP: Die FDP setzt sich in allen Bildungsgängen für landesweit einheitliche Prüfungen ein. Dies erhöht die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und damit deren Qualität. Wir Liberale sind der Auffassung, dass sich das Landesabitur im ersten Durchgang bewährt hat. Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Wahlmöglichkeiten im Rahmen des Landesabiturs erhalten bleiben.

CDU: Auch hier gilt wie beim G8: Was in fast allen anderen Ländern – bald 15 von 16 – der Fall ist, kann in Hessen nicht schlecht sein. Das Landesabitur ist hervorragend angelaufen. Es sichert die Verlässlichkeit und Qualität der Gymnasialbildung. In gleicher Weise waren schon vor der Einführung des Landesabiturs die landesweiten Haupt- und Realschulprüfungen erfolgreich.

10. Klassengrößen

Wird Ihre Partei etwas an den Klassengrößen und der sogenannten „Sternchenregelung“ ändern?

Die Linke: Die derzeitigen Überschreitungen der Klassengrößen durch die sog. Sternchenregelung macht es den einzelnen SchülerInnen unmöglich, individuell und effektiv zu Lernen. Klassengrößen müssen so angepasst werden, dass es möglich ist, auf jeden Schüler individuell einzugehen und mit ihm / ihr individuelle Lernformen zu entwickeln. DIE LINKE stellt sich gegen die Sternchenregelung und tritt ein für die Verminderung der Klassengrößen.

SPD: Ja, die SPD beabsichtigt, die so genannte Sternchenregelung streichen und langfristig eine weitere Reduzierung der Klassengrößen zu erreichen.

Bündnis90/Die Grünen: Die Ausnahme, dass die Höchstzahl einer Klasse um bis zu drei Schüler überschritten werden darf, ist zur Norm geworden. Klassenräumen sind unzumutbar eng. Differenzierende Unterrichtsformen und individuelle Förderung sind so kaum möglich. Unsere „Neuen Schulen“ (siehe auch Fragen 1, 3 und 12) haben die Klassenhöchstgrenze 25. Zurückgehende Schülerzahlen werden wir nicht für Einsparungen, sondern u.a. für kleinere Klassen nutzen. Zur Entlastung tragen auch die 1000 zusätzlichen Lehrerstellen bei.

Freie Wähler: Die Klassengrößen müssen auf jeden Fall gesenkt werden.

FDP: Der FDP ist durchaus bewusst, dass gerade im gymnasialen Bildungsgang die Klassengrößen ausgereizt sind. Daher setzt sich die FDP dafür ein, die Klassengrößen nach Möglichkeit in der Zukunft zu reduzieren.

CDU: Wir wollen die Klassengrößen senken. Das erreichen wir dadurch, dass wir auch bei zurückgehenden Schülerzahlen den derzeitigen Rekordstand an Bildungsausgaben beibehalten und darüber hinaus durch 2.500 zusätzliche Stellen an den Schulen.

11. Noten

Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung von Ziffernoten und zum Übergang zu individuellen schriftlichen Bewertungen?

Die Linke: Ziffernoten sind das bequemere System für die Bewertung von SchülerInnen. Die individuelle Bewertung ist aufwendiger und verlangt von Pädagogen einen erhöhten Zeiteinsatz. Beide Systeme laufen Gefahr durch Lehrerinnen subjektiv verwendet zu werden. Die Abschaffung von Ziffernoten sieht DIE LINKE allerdings als Abschaffung des Leistungsgedankens und Konkurrenzverhaltens in der Schule. Die schriftliche Bewertung betrachtet eher die individuellen Fertigkeiten der SchülerInnen und kann, wenn hier die sogenannten Schlüsselqualifikationen rausgenommen werden zu einer konstruktiven Bewertung der SchülerInnen führen. Allerdings nur wenn ausreichend Pädagogen, mit ausreichend Zeitpensum, diese gewissenhaft anfertigen.

SPD: Die SPD steht der Abschaffung von Ziffernoten grundsätzlich positiv gegenüber. In einem ersten Schritt sollen Grundschulen die Wahlmöglichkeit haben, von den Ziffernoten zu einer schriftlichen Bewertung über zu gehen. Für den Bereich der weiterführenden Schulen ist diese Frage noch zu diskutieren.

Bündnis90/Die Grünen: Zensuren sind im Gegensatz zu differenzierten Lernentwicklungsberichten schlechter geeignet, den individuellen Lernfortschritt der jeweiligen Schülerin oder des jeweiligen Schülers abzubilden. Wir wollen Zensuren allerdings nicht abschaffen, sondern den Schulgemeinden die Entscheidung überlassen, ob sie die Ziffernoten bis zum Ende der Klasse 7 durch schriftliche Bewertungen ergänzen oder ersetzen wollen oder nicht.

Freie Wähler: Die Ziffernbenotung stellen wir nicht in Frage.

FDP: Wir Liberale halten an der Ziffernbenotung aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit fest. Für eine differenziertere Notengebung fordern wir für den Bereich der Grundschule und der Sekundarstufe I ein Bewertungssystem in der Notengebung, das die Leistungen jedes einzelnen Schülers differenzierter und damit gerechter abbildet. Dazu gehören ergänzende schriftliche Bewertungen.

CDU: Eine solche generelle Regelung wäre pädagogisch unsinnig.

12. Sitzenbleiben, Querversetzung

Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung des Sitzenbleibens und der Querversetzung?

Die Linke: Mit dem Aufbau von Gemeinschaftsschulen und damit auch der zukünftigen Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, sowie der Erhöhung der finanziellen Investitionen in Pädagogen und Schulen, darf es keine Querversetzungen und auch kein Sitzenbleiben mehr geben. Jede Schülerin muss die Möglichkeit haben, nach ihren Energien und Interessen einen qualifizierten Schulabschluss ohne Degradierung durch Querversetzung und Sitzenbleiben zu erhalten.

SPD: Die SPD wird die Zwangs-Querversetzung abschaffen. Solange das gegliederte Schulsystem in Hessen existiert wird es auf Wunsch der Eltern natürlich weiter möglich sein, einen Schulwechsel in einen anderen Bildungsgang vorzunehmen. Das Sitzenbleiben will die SPD durch individuelle Förderung der Kinder ersetzen und damit ebenfalls abschaffen. Alleine durch das Sitzenbleiben entstehen dem Land Hessen kalkulatorisch Kosten in Höhe von 120 Mio. Euro. Diese Mittel sind besser dafür verwendet, Erfahrungen des Scheiterns in der Schule zu verhindern, bevor sie entstehen.

Bündnis90/Die Grünen: An den „Neuen Schulen“ nach Vorbild des PISA-Siegerlandes Finnland (siehe auch Fragen 1, 3 und 10) gibt es weder Sitzenbleiben noch Querversetzung. Da die Bevölkerung in dieser wie in der Frage der Schulstruktur insgesamt gespalten ist, werden wir eine Abschaffung allerdings nicht verordnen. Wer für seine Kinder das pädagogische Konzept des gegliederten Schulwesens incl. Querversetzung und Sitzenbleiben will, wird ein solches Angebot wie bisher finden. Uns geht es um echte Wahlfreiheit über das pädagogische Konzept für die Mittelstufe.

Freie Wähler: Das Sitzenbleiben muss der Vergangenheit angehören. Durch individuelle Förderung muss jeder Schüler in die Lage veretzt werden, das Ziel zu erreichen.

FDP: Die FDP hält an den pädagogischen Maßnahmen Sitzbleiben und Querversetzung fest. Unser Ziel ist es jedoch, durch intensive individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers diese Maßnahmen langfristig überflüssig werden zu lassen.

CDU: Die Zahl der (freiwilligen und unfreiwilligen) Sitzenbleiber war im vergangenen Schuljahr 2006/2007 um 12 Prozent geringer als im Jahr zuvor. Die Quote sank von 3,1 auf 2,7 Prozent (Quelle: Frankfurter Neue Presse, 01.08.2007). Das bedeutet: Fördermaßnahmen greifen. Die Möglichkeit des Sitzenbleibens als solche soll jedoch, weil pädagogisch manchmal sinnvoll, erhalten bleiben. Das gilt auch für die Querversetzung. Die SPD dagegen will beides komplett abschaffen und jeden Schüler, ungeachtet seiner eigenen Leistungen, bis zum Ende der Schule und zum Einheitsschulabschluss durchschleifen.

13. Ganztagschulen

Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Einführung von gebundenen, also echten Ganztagschulen?

Die Linke: Ganztagsschulangebote müssen über eine ‚Verwahrnastalt am Nachmittag‘ hinausgehen – stattdessen fordern wir Unterricht zur gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler, interkulturelle, kreative Erfahrungen sollen möglich sein und so zur ganzheitlichen Bildung und Erziehung beitragen. Schließlich ist es wichtig, dass die Klasse auch am Nachmittag zusammen bleibt und die Hausaufgaben erledigt sind, wenn sie nach Hause kommen. DIE LINKE unterstützt einen solchen Ansatz für die Gestaltung des Lern- und Lebensraumes Schule. Unseres Wissens ist unsere Partei die einzige, die den forcierten Ausbau von „gebundenen“ Ganztagschulen fordert.

SPD: Die SPD unterstützt die Forderung nach der flächendeckenden Einführung „echter“ Ganztagschulen. Als „echte“

Ganztagsschulen versteht die SPD Schulen, die in der gebundenen oder aber offenen Form als Ganztagschulen arbeiten. Die SPD will den flächendeckenden Ausbau dieser echten Ganztagschulen. Im Laufe der nächsten Wahlperiode wird eine SPD-geführte Landesregierung die finanziellen Mittel dafür bereitstellen, dass jedes dritte Kind eine solche Schule der Sekundarstufe I besuchen kann.

Bündnis90/Die Grünen: Ganztägige Angebote eröffnen pädagogische Freiräume, um auf Stärken und Schwächen jedes Einzelnen besser eingehen zu können. In ihnen können kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden. Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot ausweiten. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen und ihnen dabei keine engen Vorgaben machen. Sie entscheiden, wie sie ihr pädagogisches Konzept gestalten und ob sie Ganztagschule in gebundener oder offener Form bzw. in einer Kombination werden wollen.

Freie Wähler: Wie Eingangs bereits gesagt, wollen wir die verpflichtende Ganztagschulen mit Mittagessen und pädagogischen Unterricht am Nachmittag.

FDP: Die FDP unterstützt den freiwilligen Ausbau von Ganztagsangeboten und –schulen gleichermaßen. Die Entscheidung zur Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule muss von der Schulgemeinde getroffen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau von Ganztagsangeboten und –schulen in Hessen konsequent fortgesetzt wird, mit der entsprechenden Mittelausstattung.

CDU: In den vergangenen Jahren gehörte der Ausbau von Ganztagschulen zu den Schwerpunkten unserer Bildungspolitik. 1999 gab es lediglich 138 Ganztagschulen in Hessen. Diese waren zudem wahllos verteilt. In vielen Regionen gab es gänzlich weiße Flecken. Unser Ziel musste es daher sein, sehr schnell ein flächendeckend erreichbares Angebot zu ermöglichen. Dies haben wir im Wahlprogramm zugesagt und konsequent umgesetzt. Im kommenden Jahr werden 530 Schulen in Hessen über ein Ganztagsangebot verfügen – das ist jede vierte öffentliche Schule und fast das Vierfache des Bestandes unter Rot-Grün. SPD und Grüne hatten in ihrer Regierungszeit von 1995 – 1998 kein einziges zusätzliches Ganztagsangebot geschaffen und gebundene Ganztagschulen aus dem Schulgesetz gestrichen. Grundschulen konnten zudem nicht zu Ganztagschulen werden – auch dies haben wir geändert. Heute nehmen 18,6 Prozent aller hessischen Schüler an allgemein bildenden Schulen ein Ganztagsangebot wahr. Damit liegt Hessen auf Platz der 1 der westdeutschen Flächenländer. Das ist das Ergebnis eines konsequenten Ausbaus der Ganztagsangebote: Seit 1999/2000 bis heute haben wir die Zahl der Lehrer- und Erzieherstellen in diesem Bereich von 419 auf fast 900 mehr als verdoppelt, im Schuljahr 2008/2009 werden es 960 sein. Darüber hinaus erfüllen im Schuljahr 2006/2007 auch 1051 Grundschulen und 56 Grundstufen von Förderschulen für Lernhilfe und Sprachheilschulen mit Betreuungsangeboten die KMK-Vorgaben für eine Offene Ganztagschule, Unterricht und Betreuung an mindestens drei Tagen für mindestens sieben Zeitstunden anzubieten.

Wir werden den Ausbau der Ganztagsangebote in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen mit dem Ziel: Jeder Schüler, der dies will, soll ein Ganztagsangebot erhalten. Wir werden daher weit konsequent das Angebot an Ganztagschulen ausbauen, zudem bestehende Ganztagsangebote vertiefen. Für viele Schulen war die pädagogische Mittagsbetreuung ein Einstieg in den Ganztagsbetrieb, von dem aus sie ihr Angebot weiter ausgestalten können. Bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts werden wir allen Schulen die Möglichkeit eröffnen, ein freiwilliges Ganztagsangebot zu machen. Wir laden vor allem die Vereine, aber auch Musikschulen u. a. ein, sich an der Ausgestaltung von Ganztagsangeboten zu beteiligen und diese als Chance für ihr Vereinsleben bzw. eigene Aktivitäten zu nutzen. Wir bleiben beim Grundsatz der Freiwilligkeit; eine wie von der SPD geplante Zwangsganztagschule für alle Schüler lehnen wir ab.

14. Schülerbeförderung

Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, dass die Schulträger nach dem HeSchG die Schülerbeförderungskosten ab der 1. Klasse auf die Eltern umlegen können ?

Die Linke: Die Kosten der Schülerbeförderung auf die Familien der Schülerinnen und Schüler umzulegen, ist aus Sicht der LINKEN unzulässig und kommt für den Teil der Schüler, die davon betroffen sind, einem verkappten Schulgeld gleich. Wir treten dafür ein, die Schülerbeförderung kostenlos für die Schülerinnen und Schüler zu gestalten.

SPD: Die SPD hat diese Änderung des Schulgesetzes stets scharf abgelehnt. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diese Option aus dem Schulgesetz wieder streichen.

Bündnis90/Die Grünen: Die von der CDU-Landesregierung eingeführten Richtwerte für Klassengrößen und Jahrgangsbreiten haben das Angebot an Bildungsgängen reduziert. Viele Kinder müssen nun längere Schulwege zurücklegen und den Schulträ-

gern entstehen höhere Kosten für die Schülerbeförderung. Die CDU hat dafür gesorgt, dass für diese Mehrkosten die Eltern mit herangezogen werden können. Sie sollen die Zeche für bildungspolitische Fehlentscheidungen der Landesregierung mitbezahlen. Das ist aus unserer Sicht völlig verkehrt.

Freie Wähler: Damit Schüler aller Gesellschaftsschichten ihre Schule erreichen können, müsste die Beförderung kostenlos sein.

FDP: Die FDP sieht derzeit keine Notwendigkeit, die im Hessischen Schulgesetz festgeschriebene Regelung zu ändern.

CDU: Diese Frage richtet sich an die Schulträger.

15. Bildungsausgaben

In welchem Zeitraum und in welchem Umfang möchte Ihre Partei den Bildungsetat im hessischen Landeshaushalt erhöhen?

Die Linke: Die derzeitige Situation in der hessischen Bildungslandschaft erfordert ein schnelles und effektives Handeln. Die personelle wie auch materielle Ausstattung von Schulen, Berufsschulen und Universitäten muss aufgestockt werden; Sparprogramme der hessischen Landesregierung, wie ‚Unterrichtsgarantie plus‘ müssen aufgelöst werden.

SPD: Die SPD hat sich für die kommende Wahlperiode eine Weiterentwicklung des hessischen Schulwesens vorgenommen. Zentrale Bestandteile sind die Stärkung der frühen Bildung u.a. mit der Einführung der Schuleingangsstufe, den Ausbau von echten Ganztagschulen, die Stärkung des gemeinsamen Lernens einschließlich des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Kinder und den daraus erwachsenden zusätzlichen Aufgaben sowie die Verkleinerung der Klassen. Dies ist sehr kostenintensiv. Neben Umschichtungen im System (z.B. die Abschaffung der Vorklassen und Integration in die Grundschule) werden dafür erhebliche zusätzliche Finanzmittel erforderlich sein. Die SPD hat in ihrem Finanzierungskonzept für den Bereich der Schulpolitik insgesamt rund 530 Mio. Euro zusätzlich für die kommenden fünf Jahre vorgesehen.

Bündnis90/Die Grünen: Mit einem Sofortprogramm wollen wir unmittelbar nach einem Regierungswechsel die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Schulen verbessern. Nicht alle Probleme lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Wir wollen die Ausgaben für Bildung spürbar erhöhen, Haushaltsmittel aus anderen Bereichen umschichten und der Bildung Priorität einräumen. Sinkende Schülerzahlen werden wir nicht für Einsparungen nutzen, sondern in die Qualität unseres Schulsystems investieren. Insgesamt erfordern die von uns gewollten Verbesserungen an den Schulen in der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung des jährlichen Kultusetats um 250 bis 300 Millionen Euro.

Freie Wähler: So schnell wie möglich und so viel wie nötig ist, um ein gutes Bildungssystem auszubauen. Möglich durch Umschichtung im Haushalt und weniger unnötiger Ausgaben und Verschlinkung der unterschiedlichen Regierungsebenen.

FDP: Es ist das Bestreben der FDP, den Bildungsbereich in Hessen bedarfsgerecht auszustatten. Eine Erhöhung des Etats streben wir im Bereich der Lehrerzuweisung an. Dort setzen wir uns für eine 105%ige Lehrerversorgung an allen Schulen ein. Des Weiteren fordern wir Mittel für den konsequenten Ausbau von Ganztagsangeboten und Schulen sowie für die Einführung der Kinderschule in Hessen.

CDU: Im direkten Vergleich zum Jahr 1998 investieren wir heute rund 600 Mio. € mehr in Bildung. Die im Haushalt 2008 bereitgestellten Mittel in Höhe von rund 3 Mrd. Euro sind ein Rekordniveau. Die Qualität der Schulen und des Unterrichts wurde auch durch die Schaffung von 4.300 neuer Lehrerstellen und 2.100 neuen Referendarstellen wesentlich verbessert. Dadurch erhalten Hessens Schüler heute jede Woche über 110.000 Unterrichtsstunden mehr. Damit haben wir erreicht, dass hessische Schulabschlüsse bundesweit – im Gegensatz zu früheren rot-grünen Zeiten – als sehr gut anerkannt sind. Diesen Weg wollen wir weitergehen, mit zusätzlichen individuellen Fördermaßnahmen. Wir werden dazu in den kommenden Jahren auch bei zurückgehenden Schülerzahlen den derzeitigen Rekordstand der Bildungsausgaben beibehalten. Die aufgrund zurückgehender Schülerzahlen frei werdenden Lehrerkapazitäten werden dem Schulsystem also nicht entzogen, sondern darin weiter eingesetzt. Darüber hinaus werden wir weitere 2.500 Stellen im Bereich der Schulen schaffen, darunter Lehrer, Sozialarbeiter, Verwaltungskräfte u. a..

16. Recht auf Ausbildung

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, ein Recht auf eine berufliche Erstausbildung im Grundgesetz zu verankern? Ist Ihre Partei bereit eine Initiative im Bundesrat für einen einklagbaren Rechtsanspruch auf eine berufliche Erstausbildung im Bundesrat einzubringen?

Die Linke: DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf berufliche Ausbildung. Wir werden darauf zielende Initiativen natürlich politisch unterstützen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch.

SPD: Die SPD tritt für einen Rechtsanspruch auf Ausbildung ein. Dies ist jedoch nicht vorgesehen, dies im Sinne einen Verfassungsgemäßen Grundrechts im Grundgesetz zu verankern. Daher ist auch keine entsprechende Bundesratsinitiative vorgesehen. Bedeutender scheint der SPD in Hessen zu sein, einen Rechtsanspruch auf Ausbildung tatsächlich zu verwirklichen.

Bündnis90/Die Grünen: Wir teilen das Grundanliegen, dass allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung offen stehen muss. Ein Rechtsanspruch, der tatsächlich einklagbar ist, wird jedoch faktisch kaum zu realisieren sein. Staat und Unternehmen sind vielmehr gemeinsam in der Pflicht, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen Zugang zu einer adäquaten Berufsausbildung haben. Unternehmen, die ihrer Ausbildungsverantwortung nicht nachkommen, sind an den Ausbildungskosten zu beteiligen, z.B. über eine Ausbildungsplatzumlage, die auf Kammerebene oder branchenspezifisch organisiert ist. Vollschulische Berufsausbildungen müssen bedarfsgerecht angeboten und den betrieblichen Ausbildungen gleichgestellt werden.

Freie Wähler: Wir stehen zu Förderprogrammen, die wenig oder gering qualifizierten die Möglichkeit geben am Arbeitsmarkt eine geeignete Berufsausbildung zu finden. Für einen Rechtsanspruch sehen wir momentan keine Möglichkeit.

FDP: Die FDP hält es in erster Linie für erforderlich, die Ausbildungsreife der hessischen Jugendlichen zu verbessern und durch eine intensive praxisorientierte schulische Ausbildung, die in enger Kooperation mit Betrieben stattfinden soll, Jugendliche besser als bisher auf die berufliche Ausbildung vorzubereiten und damit ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen. Wir halten den Ausbildungspakt für ein erfolgreiches Instrument, die hessischen Betriebe dazu zu animieren, Ausbildungsplätze zu schaffen.

CDU: Sinnvoller ist es, die Berufsfähigkeit von Schülern durch individuelle Förderung bereits in der Schule herzustellen, so dass sich die Möglichkeit zu einer Berufsausbildung oder zu einem Studium ergeben. Dazu sind vor allem gute Deutsch- und Mathematikkenntnisse von Schulabgängern unverzichtbar. In diesem Sinne haben wir seit 1999 eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um diese Grundfertigkeiten wesentlich zu verbessern. Dabei gehen wir von der zentralen Frage aus, wie Kinder und Jugendliche schon vor Schuleintritt individuell optimal gefördert und früher als bisher mit der realen Arbeitswelt vertraut gemacht werden können. Danach können wir deutliche Erfolge vorzuweisen (s.o.) auch wenn vieles noch zu tun bleibt.

17. Schülervertretung

Wird Ihre Partei die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen auf Schul-, Stadt- bzw. Kreis- und Landesebene ausweiten? Wird Ihre Partei für eine Erhöhung der Landesmittel für die Landesschülervertretung (momentan 79.500 € jährlich) eintreten?

Die Linke: DIE LINKE hat sich bereits mehrfach für die Ausweitung der Rechte von Schülerräten auf kommunaler Ebene eingesetzt. Hierzu gehören vor allem die Erweiterung der Rechte der StadtschülerInnenräte bzgl. des allgemeinpolitischen Mandats und der Antrags – und Rederechte in den kommunalen Parlamenten. DIE LINKE spricht sich generell für die Stärkung der Beteiligung von BürgerInnen am politischen Geschehen aus. Schülervertretungen aller Ebenen gehören selbstverständlich auch dazu. Eine Erhöhung der Etats für alle Schülervertretungen unterstützt deren demokratische Teilhabe und inhaltliche Arbeit und ist daher äußerst wünschenswert für DIE LINKE.

SPD: Ja, dafür wird die SPD sorgen. In den Regierungszeit Koch sind die Rechte der Schülervertretung auf allen Ebenen geschliffen worden. Dies wird eine SPD-geführte Landesregierung rückgängig machen. Die SPD legt größten Wert auf demokratische Strukturen in den Schulen. - - - Die SPD hält es für erforderlich, dass auch die Landesschülervertretung so ausgestattet ist, dass sie ihre Aufgaben vernünftig wahrnehmen kann. Insoweit ist eine Erhöhung der Mittel vertretbar. Die konkreten Einzelheiten werden dann im Einzelnen zu klären sein.

Bündnis90/Die Grünen: Schulen, die eigenverantwortlicher arbeiten, benötigen im Gegenzug eine Stärkung der innerschulischen Demokratie und Mitbestimmung der Schüler. Es muss zu einem fairen und respektvollen Umgang mit den Schülervertretungen zurückgekehrt werden. Dass die Kultusministerin die LSV beispielsweise nicht in die Arbeitsgruppe zur Veränderung des G8 eingeladen hat, ist ignorant. Vor dem Hintergrund des Aufgabenprofils ist zu prüfen, ob die Landesmittel für die Landesschülervertretung einer Anpassung bedürfen.

Freie Wähler: Da wir für eigenverantwortliche Schulen sind, sehen wir in der Ausweitung der Rechte- und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen einen Vorteil für die Schulgemeinden. Schulleitung, Lehrer, Eltern und Schüler sollen einen positiven Einfluss auf den Schulablauf haben. Wenn es nötig ist, die Landesmittel für die Schülervertretung zu erhöhen werden wir uns dafür einsetzen.

FDP: Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass zukünftig im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule, die mit einer neuen Schulverfassung einhergehen wird, die Rechte der Schülervertretungen angemessen berücksichtigt werden. Eine Erhöhung der Landesmittel für die Landesschülervertretung werden wir prüfen.

CDU: Die Gestaltungsmöglichkeiten und Rechte der Schülervertretungen sind festgelegt. Änderungen sind nicht geplant.



„Mehr Informationen über eure Landesschülervertretung gibt es unter www.lsv-hessen.de.

>> Newsletter

>> Texte

>> Das Buch. Für Schülervertreterinnen und Schülervertreter

>> Formulare und Vorlagen für SV-Wahlen

Anna-Lena Oldemeier (Landesvorstand)